

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

275 (5.10.1921) Erstes und Zweites Blatt

Preis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 6.- M. in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.50 M. a 3 m 16 durch unsere Agenturen bezogen 6.- M. monatlich durch den Briefträger freins Haus gebracht monatlich 6.- M. vierteljährlich 18.- M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittersstr. 1. Sprechstunde der Redaktion 11-12 Uhr vormittags.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die große Annoncenzeile oder deren Raum 1000 bis 1.40 M. bis einschließlich 1.00 M. Reklamezeile 5.- M. an erster Stelle 5.50 M. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachm. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 203. Berlin Nr. 2 u. 207. Schriftleitung Nr. 204. Sonntagsblätter Nr. 10.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Raer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Ausland: Hermann v. Raer; für die „Pyramide“ Karl v. d. H. für Interate: Heinrich Gerhardt. Druck u. Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Klotz, Berlin-Charlottenburg, Rosastr. 37. Telefon Nr. 423. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 275.

Mittwoch, den 5. Oktober 1921

Erstes Blatt.

Im Banne der Sphing.

Von Universitätsprofessor Dr. Bergsträsser. Riga, Herbst 1921.

Das ist das seltsamste an Riga; es ist eigentlich nicht so selbst, oder wenigstens nur zu einem Teil. Zum anderen ist es Russland. Die Tür zur Vorhalle. Nicht in wirtschaftlicher Beziehung allein, sondern fast in allem. Wie sich in einem Gefangenenerlager die Gedanken um die Heimat drehen und den Tag der Rückkehr, so beschäftigt sich hier jedermann mit dem russischen Nachbar, dem großen Nachbar, der vor einigen Jahren noch hier herrschte. Nicht nur die Minister und die verantwortlichen Stellen, die täglich mit Russland zu tun haben, sondern jedermann aus dem Volke. Selbstverständlich die Arbeiter und die ganzen unteren Klassen, denn noch geht viel Bolschewismus um in Riga und Lettland. Die Regierung paßt sich hart an, er lebt unter einem „Sozialistengesetz“, dem Ausnahmezustand, aber er lebt.

Wenn man vor dem Hause der Sowjetgesandtschaft promenierte, auf dem Rainesboulevard, direkt am Bahnhof, wo die Moskowier das Hotel „Bellevue“ gemietet haben und jedem Ankommenden und jedem Abgehenden mit einer riesigen Fahne ihr Dasein sichtbar machen, dann sieht man so viele Menschen aus und eingehen, daß man gewiß ist: Hier spinnen sich allerlei Fäden.

Charakteristischer noch war das Gedränge vor dem russischen Pavillon in der Ausstellung; er wurde spät aufgebaut und noch später eröffnet. In den ersten Tagen stauten sich vor dem nicht allzu großen Kiosk die Massen derart, daß einige von den höchsten und angesehenen Riger Polizisten ihre ganze Kraft aufbieten mußten, Zugang und Abgang zu regeln und zu verhindern, daß Frauen und Kinder erdrückt wurden. Drinnen sah man nicht viel, das wirkungsvollste waren auch hier die drei großen Fahnen, die eine rote und daneben zwei lang herabhängende mit dem Wappen der sozialistischen Republik, Sichel und Hammer gekreuzt.

Man hat nicht nötig zu fragen: Was denken Sie über Russland, man hat nicht Zeit, diese Frage zu stellen, sie wird täglich an einen gerichtet, fast bei jeder politischen Unterhaltung, die man führt, sicher bei jeder wirtschaftlichen; denn Riga ist im gewissen Sinne in der Lage eines Gefangenener, solange das russische Reich seine Tore nicht öffnet und nur Besatztruppen hinüberreisen können, dafür, wo auch für Riga früher die Zentrale gewesen ist.

Unendlich viele hoffen auf den Augenblick der Befreiung, ganze Reihen von Firmen haben sich aufgetan, in dieser Erwartung die Chefs gehen spazieren, die Typsetzereien stehen auf leeren Blättern — diese oder jene Firma, die nicht durchhalten kann, deren Organisation in zu argem Mißverhältnis steht zu dem augenblicklich begrenzten Markt, muß sich reduzieren oder verschwindet auch.

Massen von Emigranten leben auch hier, obwohl nicht alle Russen sind, die hier ruffisch sprechen; auch sie warten, und in der Zwischenzeit findet gar mancher den Weg zu einem der vielen Kommissionsgeschäfte, in denen schöner, alter Hanstrat zum Verkauf steht.

Immer neue Rückwanderer kommen aus dem Lande des Nördens, täglich haben im August und in den Vormonaten die Frachtschiffe sie über die Grenzstationen hinweggeführt, hierher gebracht, Männer, Frauen und Kinder; Ketten, Deutsche, Russen, die früher in Lettland ansässig waren, und viele Juden. Letztere nicht zur Freude der Regierung, die ziemlich stark von antisemitischen Empfindungen beherzigt ist und zeitweise den jüdischen Frachtlagen derartige Schwierigkeiten machte, daß die Sowjetregierung mit der Einstellung der Rücktransporte droht hat.

Von diesen Neugekommenen hört man viel, und was sie erzählen wird, ergänzt durch briefliche Mitteilungen von Verwandten, die doch sehr viele Riger noch drüben haben. Briefe geben jetzt leidlich sicher, bestellt mit alten Stempelmarken, Porto 300 Rubel. Man kann rechnen, daß sie in 14 Tagen in Riga sind. Einschreibebefehlungen auch früher.

Es ist nicht ganz leicht, sich aus all dem, was man hört, ein Bild zu machen, denn eines nur stimmt in diesen Berichten überein. Es gibt keine Gleichheit und keine Regel. In Petersburg ist es anders wie in Moskau oder wie in Nowgorod oder gar wie im unglücklichen Land der Wolga, Saratow, Jariwan. Und selbst innerhalb nahe bei einander liegender Gebiete sind die größten Unterschiede, obwohl die wirtschaftliche Lage dieselbe ist, denn grundwichtig für das Ergehen des Einzelnen ist sein Verhältnis zu den regierenden Nachbarn. Und die eben sind anders von Ort zu Ort. Zentrale Ordnung gibt es nur noch auf dem Papier.

Wenn man sich das Leben klar machen will, daß ein Burgeois in Volkswirtschaften führt, so muß man davon ausgehen, daß er, um überhaupt leben zu können, ständig gezwungen ist, verbottenes zu tun. Er muß verkaufen, um kaufen zu können. Entweder Möbel, Kleider, Schmuck oder Wertgegenstände eines ehemaligen Warenlagers, oder

Samstagsware, die er weit hergeholt hat. Manche, die das alles nicht mehr können, leben vom Straßenverkauf der Zigaretten und der Zeitungen. Eine Dame, mit der ich am Tage ihrer Ankunft sprach, schilderte anschaulich, wie sie Jahre hindurch vom Verkauf der Apothekerwaren des eiterlichen Geschäfts lebte. Dieser Handel war, wie die meisten derartigen Geschäfte, verboten. Todesstrafe. Das Risiko ist riesig, die Prämie entsprechend. Man weiß nie, ob man morgen noch frei ist oder in den Händen einer Gerichts-

kommission, gar der Tische. Ständige Gefahr, volle Unsicherheit über die Zukunft. Daraus entsteht eine Losgelöstheit von allen Regelmäßigkeiten des Lebens, die man nur unvollkommen erklärt, wenn man sie als eine äußerliche Uebersteigerung höheren Daseins Bildhaft zu machen versucht. Ergebnis: Passivität. Man sieht heute einen Nachbarn nicht mehr, den man gestern noch traf, mit dem man gewohnt war, Abende beim Kartenspiel zu verbringen. Er ist fort; er auch? Oder man begegnet einer Frau, die diese ständige

Spannung nicht mehr tragen konnte; sie hat sich die Ader geöffnet, sinkt auf der Straße zusammen. Schrecklich — vorbei. Es wird zur Selbstverständlichkeit, zum Alltäglichen. Und die Erzählerin, die uns paßt, erschüttert, sie selbst bleibt ruhig, in einem halb müden, halb bedauernden Ton, aber im Grunde gleichmütig, wie ein Kind, das einer Fliege die Flügel ausreißt.

Das Leben hat sein Recht. Monate hat sie die Ausfahrt vorbereitet, im letzten Augenblick noch schien sie zu scheitern. Zwei Tage und Nächte hat sie mit ihrem Haufen von Paden in Moskau auf dem Bahnhof wartend gestanden. Nun ist sie hier bei der Schwieger geblieben, dem Kinde nah, das sie jahrelang nicht gesehen. Man sieht ihr die Zeit an und die Erlebnisse, wenn man ihr in die Augen schaut, und an dem Interion ihrer Erzählung ist manches zu hören. Das Neueste verrät nichts, die goldene Halskette mit dem Medaillon, die hübsche Bluse, der Brillantring würden darauf schließen lassen, daß sie die Jahre des Krieges und der Revolution glücklich und still verbracht.

Es ist ihr auch nicht sonderlich schlecht gegangen. Wir hatten wohl nicht gut, aber Milch, Eier und Brot hatten wir so viel wie wir wollten. Gemütle zog man sich selbst. Zeitweise war sie Kranke in einem Lazarett, wo sie leidlich ernährt und besorgt wurde.

Wenn man aus den Einzelheiten die man hört das Allgemeine zieht, so ist es dies: Passivität die ohnehin schon im russischen Charakter liegt hat sich unter der terroristischen Herrschaft der Bolschewiki ungemein gesteigert. Das ist der wesentliche Grund für das Versagen der Sowjetrepublik. Es gibt innerhalb Russlands keinen größeren Kreis, der kräftig und entschlossen genug wäre, eine plötzliche und völlige Umwälzung herbeizuführen. Vor kurzem noch waren alle antibolschewistischen Kreise froh über Hoffnung. Sie glaubten, sich in den Hilfskomitees für die Hungersnot eine Organisationskraft zu können und erwarteten, daß dadurch das bestehende Regime ebenso unterbrochen würde wie während des Krieges das zaristische durch die Semstwoorganisationen. Doch liegt ein beachtlicher Unterschied vor. Die Semstwoorganisationen erwiesen sich als notwendig für die wirtschaftliche Kriegsführung, sie wurden unentbehrlich. Die ausländische Hilfeleistung ist und ohne die geplanten bürgerlichen Selbstverwaltungskörper ausföhrbar. Die Nachbarn erkannten die Gefahr und waren hart genug, ihr zu begegnen, denn die Auflösung vollzog sich ohne Hinderung. Das ist der beste Beweis dafür, daß eine Gegenwirkung gegen die bolschewistische Herrschaft zurzeit von innen nicht stattfinden kann; zurzeit und wahrscheinlich auch lange, denn niemand würde ansetzen, von wem eigentlich sie ausgehen sollte.

Die russische Revolution wird nicht durch eine Gegenrevolution enden. Die Emigration ist machtlos und kommt gar nicht in Betracht. Die die Revolution schufen, werden sie auch begraben. Lenin von heute ist nicht Lenin von 1917; er hat schon gar viel Wasser in den Wein seines Programms gießen müssen; als kluger Politiker, um nicht zu sagen als Staatsmann, hat er es bewußt getan und wird es es weiter tun. Die Knochenweichei des bolschewistischen Prinzips, die damit begann, wird sich fortsetzen und eines schönen Tages wird, ganz langsam, Russland aus den sozialistischen Wirtschaftsexperimenten erlöset mit einer in der Revolution geschaffenen neuen Grundbesitzverteilung und einer darauf beruhenden veränderten inneren Machtverteilung dastehen als ein Pöblix, der sich aus der Masse erhebt. Denn die natürlichen Reichtümer sind geblieben und die Menschenmassen wachsen schnell nach.

Eine Wendung in der internationalen Politik Englands.

Aus England kommen Nachrichten, die für Deutschland von allergrößter Wichtigkeit sind. Es ist bekannt, daß England unter großer Arbeitslosigkeit leidet. Die englische Regierung soll bis heute für Arbeitslosenunterstützung bereits mehr ausgegeben haben, als die deutschen Kriegenschadungszahlungen für die nächsten Jahre betragen. Die Ausbringungen der Unterstützungen für die Arbeitslosen hat ein großes Loch in die Staatskasse gerissen. Folgen sind: neue Steuern, Unzufriedenheit mit der Regierung. Bereits sprechen Londoner Blätter von der Möglichkeit, daß die Schwierigkeiten der Arbeitslosenfrage das Ende der Regierung Lloyd George herbeiführen könne. Es ist vorzuziehen, daß die Regierung eifrig auf der Suche nach Rettungsmitteln ist. Man sieht ein, daß mit der Fortzahlung der Arbeitslosenunterstützung dem Uebel nicht gesteuert wird. Nicht Beschaffung von Unterhaltungsgegenständen sondern Beschaffung von Arbeit ist das Heilmittel. Arbeit ist aber gleichbedeutend mit Warenabsatz. Warenabsatz ist abhängig von der Kaufkraft und Kaufkraft ist abhängig von der Kaufkraft Englands. Bester Kunde war Deutschland, Deutschland kann nicht mehr kaufen, weil das

Reparation und Koalition.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Die politische Lage stand gestern im Zeichen der Verhandlungen, die im auswärtigen Ausschuss über das Wiesbadener Abkommen stattfanden. Es handelte sich darum, dem Ausschuss in dieser Sitzung, die vom Abgeordneten Dr. Stresemann geleitet wurde, durch den Mund des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau Aufklärung über Sinn und Inhalt des Abkommens, sowie über die bisher geheim gehaltenen Bedingungen zwischen Loucheur und Rathenau zu geben, die dem Abschluß des Abkommens vorausgegangen waren. Inzwischen laufen jedoch die Verhandlungen über die anderen schwebenden Fragen der Innenpolitik weiter. Das Resultat der vorgestrigen Besprechung beim Reichskanzler war die Weigerung der Sozialdemokraten, zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung endgültig Stellung zu nehmen, bevor nicht die vom Reichskanzler eingeleiteten Verhandlungen mit der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft über die Aufbringung der 200 Millionen für die Reparationsleistungen zum Abschluß gebracht worden seien.

Die nächste Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Industrie und des Handels zum Zwecke der Goldaufbringung findet am kommenden Dienstag in der Reichskanzlei statt. In den beteiligten Kreisen ist man sehr davon überzeugt, daß es vielleicht schon bei der Besprechung am Dienstag gelingen wird, ein Einverständnis zu erzielen. Die Sozialdemokratische Partei wird dann Gelegenheit haben, ihre Entscheidung zu fällen, ob das neue Wirtschaftsprogramm, das sich notwendigweise ergiebt aus den Bedürfnissen der Handels- und Industriewelt annehmen wird, ihren Wünschen entspricht oder nicht. Vorher allerdings muß die Auseinandersetzung mit den Reichsbankverhältnissen wegen der Koalitionsfrage beendet sein. Es verläutet, daß nach dem Erscheinen einer schriftlichen Anfrage der Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum heute zu Fraktionsbesprechungen zusammenzutreten werden, um sich über ihr Verhalten schlüssig zu werden. Sie werden, wie jetzt schon schriftlich, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mitteilen, daß sie nur dann einer Erweiterung der Koalition nach links zustimmen können, wenn die Koalition gleichzeitig auch die Erweiterung nach rechts erfährt. Im Anschluß werden sie an die Unabhängigen die triftige Gegenfrage richten, ob sie gewillt seien, mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalition einzutreten. Die Antwort der Unabhängigen, die nicht fraglich erscheint, wird für die bürgerlichen Koalitionsparteien bestimmend dafür sein, ob sie über die bekannte Mindestforderungen der Unabhängigen mit diesen in Verhandlungen eintreten sollen oder nicht. Die Deutsche Volkspartei hat ihren Standpunkt in den getriggen Ausführungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ niedergelegt, die eine glatte Abgabe an die U.S.P. bedeuten.

Die Unabhängigen als Regierungspartei.

Berlin, 4. Okt. Wie die Nationalliberalen Korrespondenz mitteilt, ist die Deutsche Volkspartei für ein Zusammengehen mit den Unabhängigen zwecks Herstellung einer Regierungskoalition mit Stresemann bis Breitensteinschlacht zu haben. Eine Möglichkeit, die Verhandlungen durch Hinzuziehung der Unabhängigen zu erleichtern bestrebt nur, wenn gleichzeitig auf die Teilnahme der Deutschen Volkspartei verzichtet geleistet werde.

In einem Bericht über die letzten Verhandlungen über die Frage der Regierungsumbildung heißt es: „Es wurde die Forderung der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung und deren Antwort besprochen. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. In dieser Angelegenheit wird die Sozialdemokratie eine schriftliche Anfrage an die beiden anderen Koalitionsparteien richten auf die diese dann mit einer schriftlichen Erklärung antworten werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll über diesen Punkt befragt werden. Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung wurden auf die nächste Woche verlagert.“

Die Beschaffung von Zahlungsmitteln.

Berlin, 4. Okt. Der Reichsverband der Industrie hat einen Unterausschuss gebildet, der die Verhandlungen mit der Regierung über den Plan der Beschaffung von Devisen führen soll. — Dem Sozial-Anzeiger zufolge sollen die ersten Verhandlungen zwischen Industrie und Regierung bereits heute stattgefunden haben. Die Besprechungen mit dem Reichskanzler, der heute Berlin auf acht Tage verläßt, hat, werden erst im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Die Entscheidung über Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Genf, 4. Okt. Die Entscheidung der Vierer-Kommission des Völkerbundesrates in der obersteinsten Frage soll angeblich in allen wesentlichen Punkten bereits festgelegt sein, und die Vernehmung der deutschen und polnischen Sachverständigen aus Oberschlesien soll nur noch den Zweck verfolgen, Einzelheiten der Grenzführung festzulegen. Die Antwort, die die Vierer-Kommission feststellt, soll vom Obersten Rat ohne Änderung angenommen werden, da dessen Mitglieder, die nicht in der Vierer-Kommission sitzen, bereits auf dem Laufenden über alle Arbeiten der Kommission gehalten worden sind. Was nun den sachlichen Inhalt der Antwort anlangt, so muß sich, wenn die in Genf umlaufenden Versionen auch nur ungefähr richtig sind, das deutsche Volk auf eine schwere Enttäuschung gefaßt machen. Die Grenzlinie wird, trotz aller Sachverständigen-Gutachten über die Möglichkeit einer Teilung des engere Industriegebietes, mitten durch dieses Gebiet gelegt werden und zwar angeblich gerad, daß heute nur noch das Schicksal der Stadt Beuthen nicht ganz entschieden sein soll, das nordöstlich von Beuthen und selbstverständlich die Kreise Rybnitz und Plesch schon endgültig Polen zugeweiht sein sollen.

6. Paris, 4. Okt. (Via Drahtbericht.) Das „Journal des Debats“ erzählt aus Genf: Der Völkerbundsrat sei an einem vollen Ginternehmen über die obersteinsten Frage gelangt und habe seine Schlussfolgerungen redigiert. Zu regeln seien nur noch einige Einzelfragen. Das Gutachten des Rates werde, nachdem es höchstwahrscheinlich am Samstag dem Vorsitzenden des Obersten Rates mitgeteilt werde, anschießend sofort veröffentlicht werden, aber von Seiten des Völkerbundsrates.

Eine große Unterstützungsaktion.

Berlin, 4. Okt. Das „Berl. Tagebl.“ erzählt zu der vom Reichskanzler in seiner letzten Rede angekündigten Aktion für die bedürftigen Schichten des deutschen Volkes, besonders für die Rentner und Pensionäre, sowie die notleidenden Angehörigen des Mittelstandes, daß es in der Absicht der Reichsregierung liege, die Aktion möglichst noch vor Einbruch des Winters in Gang zu bringen. Der eine Teil der Aktion soll sich auf die Invaliden-Rentner beziehen, für die eine Erhöhung der Renten geplant, der andere Teil des Unterstützungswerkes sieht eine Unterstützung der Bedürftigen aller Kreise vor. Man hat hierbei vornehmlich an die Kleinrentner gedacht. Für die Aktion wird ein Milliardenbetrag aufgebracht werden müssen.

Erhöhung der Posttarife.

Berlin, 4. Okt. Der Beirat der Reichspostverwaltung wird sich in den nächsten zwei Wochen mit einem Gehörentarif befassen, der eine Steigerung der bisherigen Sätze auf etwa das Dreifache des Friedenspreises vorzieht. Posttarifen im Ortsverkehr sollen 50 Pfa., nach dem Reich 75 Pfa. betragen. Telegramme 50 Pfa. pro Wort. Briefe eine bis zwei Mark, je nach Gewicht und Reich, Patete 4 bis 6 Mk. Bearlündet werden die Preissteigerungen damit, daß die Reichspostverwaltung ein Defizit von 204 Millionen Mark aufzuweisen hat.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Die Behandlung der Eltsch-Lothringern in Frankreich.

Von alt-elsässischer Seite wird uns geschrieben:

Das sozialdemokratische Organ des Unter-Elsasses, die „Freie Presse“ in Straßburg, veröffentlicht vor einiger Zeit einen offenen Brief der „Vereinigung der in Frankreich internierten elsässischen Eltsch-Lothringern“. Diese Vereinigung hat ihren Sitz in Masmünster, welches in den allerersten Kriegstagen von den französischen Truppen besetzt wurde und nicht mehr zu Deutschland zurückkehrte. Fast alle wehrpflichtigen Gebiete wurden nach Südfrankreich verschleppt und dort jahrelang als Zivilgefangene zurückgehalten. Die Behandlung dieser Eltsch-Lothringern war nicht immer gut, wie aus diesem Briefe, dessen Text ich im Auszuge nachfolgen lasse, hervorgeht:

Masmünster, den 28. April 1921.
Sehr geehrter Herr Député!

Wir haben die Ehre, Ihre werthe Aufmerksamkeit auf die Verfolgungen und willkürlichen Verhaftungen zu lenken, denen Tausende von Eltsch-Lothringern französischer Abstammung unthunlich beim Ausbruch des Krieges 1914 zum Opfer fielen. Es dürfte Ihnen nicht entgehen, daß große Irrtümer und Ungerechtigkeiten in jener sehr aufgereizten Zeit begangen worden sind. Die Militär- und Zivilbehörden ließen Plan- und ziellos bedauernde Eltsch-Lothringern von vielle suchte (alter Abstammung) als Spione oder Verdächtige festnehmen, oft auf eine verkehrte Weise, wogegen die Spione eines lägenhaften Verdict hin, wogegen die Spione eines noch anders zu suchen waren als unter den verhafteten Eltsch-Lothringern. Dieser Mißbrauch zeitigte sehr bedauerliche Folgen, die man mit der Antwort abzutun suchte: „Man hat Böde geschossen, doch man kann nichts daran ändern.“

Diese unschuldigen Eltsch-Lothringern wurden von einem Gefängnis ins andere geschleppt, um schließlich in berückeligen Konzentrationslagern im Innern interniert oder nach Inseln an den Küsten Frankreichs (Briau, Tahou, Groix usw.) abgehoben zu werden, wo sie den härtesten Entbehrungen ausgesetzt waren. Sie unterstanden einem eltschhaften und unzureichenden Ernährungsregime. Sie waren genötigt, auf einem kleinen Stroß zu schlafen ohne Decke oder auf platten Stroßbäden mit einer abgenutzten Decke, die mit Ungeziefer überfüllt waren. Diefen Unzulänglichkeiten wurden die grausamsten Erniedrigungen zuteil und zwar im vollsten Gegenfatz zu den von der Regierung gegebenen Versprechungen. Die internationalen Vereinbarungen, die unter den Kriegführenden abgemacht waren, wurden mit einem empörenden Zynismus verfehlt.

Dünnsichtige Greise, Kranke oder schwangere Frauen, Kinder, die noch an der Mutterbrust lagen, wurden erbarungslos in Gefangenschaft geführt. Viele starben in der Verbannung und viele andere starben nach ihrer Freilassung an den Folgen ihrer Internierung...

Manche Gefangene wurden an die berittene Begleitmannschaft gebunden; vor Müdigkeit nicht mehr imstande, zu gehen, wurden diese Unzulänglichkeiten mit Nagen gestochen, bis sie vor Erschöpfung umfielen.

Unterwegs warf der gegen sie aufgeweckte Böbel mit Steinen nach ihnen, mit Fluchen. Einige unter ihnen wurden mit Keulen geschlagen, andere wieder erhielten Messerschläge. Eine große Anzahl wurde in den Gefängnissen und Konzentrationslagern mißhandelt hauptsächlich im Arresthaus in Belfort, wo der Oberaufseher sie mit einem Knüttel bearbeitete oder ihnen mit einem großen Schlüssel so lange auf den Kopf hieb, bis sie, im eigenen Blute badend, umfielen. In anderen Gegenden, wo die Frauen sich der Ausbarkeit ihrer Wächter nicht unterstellen wollten, wurden sie genoztztigt.

Die internierten Eltsch-Lothringern, die unmenlich behandelt wurden, sind zu Beginn ihrer Inhaftierung wie Sträflinge zur Arbeit gezwungen worden. Viele starben an den Folgen der Krankheiten, die sie sich während der Tage im Gefängnis und in den Konzentrationslagern angezogen hatten. Viele kehrten in ihr ausgeplündertes und zerstörtes Heim zurück, die Gesundheit für immer verloren, mit Tuberkulose behaftet, ohne alle jene zu zählen, die ihre Stellung verloren haben und ohne irgendwelches Einkommen sind. Unzulänglichkeiten zählen wir unter den unzulänglichsten Verhältnissen auch solche, die unheilbar verkränkt geworden sind und die in Irrenanstalten untergebracht werden mußten.

Wir haben Gendarmen, Polizisten und Beamte gesehen, die sich Bestrafungen, Geld, das unseren Brüdern gehörte, aneigneten.

Wir unterbreiten Ihnen gerne die Akten der Internierten. Das Regime der niederen Polizei und der Verleumdung während des Krieges ist jetzt schwer auf den unzulänglichsten Eltsch-Lothringern. Die Märtorer, welche Furchtbares gelitten haben, zeigen, wie gerecht ihre Ansprüche auf eine moralische und pekuniäre Entschädigung sind...

Dieser Brief, dessen Inhalt Schreiber dieser Zeilen nur unterstreichen kann, da er selbst in seiner nächsten Verwandtschaft einen solchen Fall erlebt hat und sich persönlich mit solchen Internierten aussprechen konnte, ist ein drastisches Beispiel dafür, wie die Franzosen ihre Gefangenen behandelten, und gerade in unseren Tagen ist dieser Brief für uns von großer Wichtigkeit, wo die Franzosen Deutschland einer barbarischen Kriegführung beschuldigen. Dieser Brief ist auch ein bezeichnendes Bild der eltsch-Lothringischen Tragödie während des letzten halben Jahrhunderts.

Eine Besserung in einem Teil der Bager trat erst ein, als Frankreich den Versuch begann, durch die Verpflegungen, Forderungen und — Drohungen die Eltsch-Lothringern zum „freiwilligen“ Eintritt ins französische Meer zu bewegen, was ihnen jedoch in nur kleinem Maße gelungen ist.

Mancher meiner Landsleute, welcher sich durch die großen französischen Verpflegungen und die unverschämte Bege gegen alles Deutsche betören ließ, ist aufgeklärt worden, dies beweist der Umschwung der Stimmung, der inzwischen im eltschischen Volke eingetreten ist.

In uns Deutschen und deutsch gebildeten Eltsch-Lothringern liegt es, diese Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren. Wir müssen dem eltsch-Lothringischen Volke zeigen, daß es in Deutschland noch Freunde besitzt. Wenn auch in absehbarer Zeit eine Besserung der politischen Lage nicht zu erwarten ist, so darf dieser deutsche Volkstamm doch keineswegs aufgegeben werden, und jeder muß mitessen, diesem Volke sein deutsches Heimatgefühl aufrecht zu erhalten.

Wenn wir für die deutsch-elsässische Sache arbeiten, so geschieht dies nicht nur für Eltsch-Lothringern, sondern für die deutsche Seele am Rhein und für die Erhaltung dieses trotz allem deutschen Stromes für Deutschland! R. A. W.

Deutsches Reich.

Bayerische Volkspartei und Reichszentrum.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 4. Okt. Das führende Organ der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), der „Bayerische Kurier“, kommt im Anschluß an Erörterungen von Parteiversammlungen in Mittel- und Unterfranken auf die Frage zu sprechen, die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Volkspartei mit dem Reichszentrum wieder aufzunehmen. Die Versammlungen in Mittel- und Unterfranken haben sich für diese Zusammenarbeit ausgesprochen. Der „Bayerische Kurier“ bemerkt dazu: Durch diese Verhältnisse sei für die Bayerische Volkspartei eine Krise heraufbeschworen, deren Wirkung unabsehbar sei. Der Artikel sagt weiter, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen nur dann möglich sei, wenn irgend welche Gewähr für eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinne der Ideale der Bayerischen Volkspartei gegeben sei. Diese Gewähr sei aber heute in keiner Weise gegeben.

Der Artikel hebt hervor, daß das Reichszentrum noch kürzlich in seiner letzten offiziellen Kundgebung seine volle Solidarität mit der Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning erklärt habe. Der Zeitpunkt sei wenig geeignet, diese Frage aufzuwerfen, „denn“, so sagt das Blatt wörtlich, „wenn es irgend ein Mittel gäbe, die Bayerische Volkspartei zu Grunde zu richten, so wäre es die sofortige Verwirklichung der Zusammenarbeit mit dem Reichszentrum.“

Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei wird sich im Uebrigen mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die bayerische Elektrizitätswirtschaft.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Okt. Eine bedeutsame Konferenz fand dieser Tage in München mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, des Reichs- und des Bayerischen Finanzministeriums und der Finanzen, des Bayerischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, der Mittel- und Unterfranken und sonstigen an der Elektrizitätswirtschaft Bayerns interessierten Stellen, besonders der großen Elektrizitätsfirmen des Reichs und mit Hinzuziehung von Vertretern der bedeutendsten Finanzinstitute, um über die elektrifizierten Grundfragen der Rhein-Main-Donau-N. O. zu beraten.

Dabei wurde eine Uebersicht geboten über die für die allgemeine Elektrizitätsversorgung ausgebauten und im Bau begriffenen Wasserkräfte sowie der Kräfte des 1. Ausbaues der Main-Donau-Wasserstraße. Die von Kanalbauamt berechnete Menge der zu gewinnenden Kraftleistungen betrug bei dem 1. Ausbau der Kraftwerke sowohl durch die 14 Kraftwerke am Main, als auch durch den Ausbau der Kraftwerke an der Donau nur noch als zu gering angesehen betrachtet werden. Besonders am Main werden sich höhere Kraftleistungen erzielen lassen. Man darf einen reichenden Absatz des Stromes in den nächsten Jahren erwarten, zumal heute schon die Nachfrage nach bayerischem Wasserstrom auffallend groß ist.

Der neue Münchener Polizeipräsident.

München, 4. Okt. Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, wird als Nachfolger des Herrn Pöbner als Polizeipräsident in München Herr Dr. Hermann Lohmeyer ernannt, der als kürzlich tüchtiger Verwaltungschef amtierend wird.

Zur Verteilung von Beamtenstellen.

Berlin, 4. Okt. Unter Bezugnahme auf eine kürzlich veröffentlichte Notiz wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß die amtliche Bezeichnung: Geh. Regierungsrat nicht mehr verliehen wird. Die entsprechende Bezeichnung ist im Bereich des Auswärtigen Amtes Negationstrat und im inneren Ressort Ministerialrat.

Dr. Hermes.

Berlin, 4. Okt. Dem von sozialdemokratischer Seite angekündigten Plan, den Reichsernährungsminister Dr. Hermes zum Vizepräsidenten in Washington zu ernennen, setzt das Zentrum kein Nein entgegen.

Dr. Grodnauer sächsischer Gesandter?

Berlin, 4. Okt. Dem „Vorwärts“ wird bestätigt, daß dem Reichsminister des Innern, Dr. Grodnauer, der Posten eines sächsischen Gesandten in Berlin angeboten worden ist.

Wechsel im heftigen Kultusministerium.

Der heftige Kultusminister Dr. Strecker ist dieser Tage aus der Demokratischen Partei, der er bisher angehört, ausgetreten und hat sich den Sozialdemokraten angeschlossen. Damit ist auch ein Wechsel in der Leitung des Bundesamtes für das Bildungswesen eingetreten, da nach dem augenblicklichen Parteiverhältnis dieses Amt den Demokraten zusteht. Mit Zustimmung des Landtages ist das Amt nun an Prof. Urfzab von der Demokratischen Partei übertragen worden.

Aus der Angestelltenbewegung.

Berlin, 4. Okt. Auf dem Essener Kongreß des allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) wurde über den Zusammenschluß der Angestelltenverbände mit den freien Gewerkschaften verhandelt. Wie der Berichterstatter Säch-Verlin mitteilte, sei zwischen den Arbeiter- und Angestelltenverbänden ein Organisationsvertrag abgeschlossen worden. Durch Annahme der Satzungen nach dem Vorschlag des Vorstandes ist der Zusammenschluß der freien Arbeitergewerkschaften mit den Angestelltenverbänden vollzogen.

Der Streik in der chemischen Industrie am Main.

M. Höchst a. M., 4. Okt. Das Ergebnis der Abstimmung der Arbeiter der Farbwerke in Höchst über die Vereinbarung der Gewerkschaftsverbände mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie ist nun bekannt. Danach haben 5880 Arbeiter mit nein und 648 mit ja gestimmt. Die Vereinbarung kann also als abgelehnt angesehen werden.

Transportarbeiterstreik in Braunschweig.

w. Braunschweig, 4. Okt. Die Transportarbeiter sind wegen Lohnforderungen gestern in den Ausstand getreten.

Vom deutschen Sprachverein.

Würzburg, 4. Okt. Am 1. und 2. Oktober hielt der Allgemeine Deutsche Sprachverein nach siebenjähriger Pause seine Hauptversammlung in Würzburg ab. Den Vorsitz führte als Nachfolger des verstorbenen Herrn Otto Sarrautin der Oberlandesgerichtspräsident Dr. K. K. aus Frankfurt a. M. Verhandelt wurde hauptsächlich über die Aufgaben, die die neue Zeit dem Verein stellt. Aus sind in den Vorstand gewählt worden die Herren Nealemaspräsident von Senle in Würzburg, Oberlehrer Erner in Berlin und Prof. Dr. Sütterlin in Freiburg.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Rückkehr aus Avignon.

Mannheim, 4. Okt. Nach fünfjähriger Gefangenschaft in der deutsche Kriegsgefangene Goldammer aus Avignon zurückgekehrt. Goldammer hat sich besondere Verdienste dadurch erworben, daß er in Avignon einen Hilfsausschuß für die deutschen Kriegsgefangenen abstellte, dem es gelungen ist, die Lage der unzulänglichsten Deutschen wesentlich zu verbessern. Auch in dem früher berichteten Lager Cuere sind die Zustände besser geworden. Inzwischen befinden sich noch 63 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft, ferner 7 Angehörige von früher verbündeten Ländern. Goldammer hofft, daß der Rest dieser Unzulänglichsten befristet werden wird.

Deutsche Seelente wieder in englischen Häfen zugelassen.

Berlin, 4. Okt. Von englischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß den Seelenten, die Angehörige früherer feindlicher Staaten sind, nunmehr das Recht zu zeitweiliger Landung in britischen Häfen für die Dauer des Aufenthalts der Schiffe in den betreffenden Häfen erlaubt wird. Hinsichtlich dieser zeitweiligen Landungserlaubnis sind die deutschen Schiffsoffiziere und Mannschaften jetzt denen einer mit England befreundeten Nation gleichgestellt. Die Erteilung der Erlaubnis ist davon abhängig, daß sich der Antragsteller durch einen Kapitän oder durch eine sonstige hinreichende Legitimation über seine Staatsangehörigkeit ausweisen kann.

Eine Warnung des Reichsausswanderungsamtes.

Berlin, 4. Okt. Das Reichsausswanderungsamt warnt vor den Werbungen der Sieblungsgeosellschaft Südamerika in München-Gladbach und teilt mit, daß dieser sowohl die sachkundige Leitung, als auch das notwendige Kapital fehle. Die Prospekte seien geeignet, falsche Hoffnungen zu erwecken.

Deutschlands Vertreter in Bolivien.

Berlin, 4. Okt. Zum Gesandten des Deutschen Reiches für Bolivien in La Paz wurde Freiherr von Stenael ernannt.

Die Vorfälle in Speyer.

Berlin, 4. Okt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung anlässlich der kommunistischen Unruhen in Speyer am 31. August und 3. September folgende Fragen gerichtet: Ist es richtig, daß diese Vorfälle sich der wohlwollenden Förderung des französischen Kreisdelegierten General de Més und seiner Offiziere erfreuten? Ist es weiter richtig, daß ein Offizier des Stabes von General de Més vor den geschicktesten Vorgesetzten bürgerlichen Kreisen die Protektion der Besatzungsbehörden gegen die unmittelbare bevorstehende kommunistische Regierung angeboten hat? Ist die Reichsregierung der Anschauung, daß das Verhalten des Generals de Més sich im Einklang mit dem Recht des Versäufers Vertrages befindet? Hat die Regierung Schritte getan, um die Kontrahenten des Versäufers Vertrages von diesem Vorgehen zu veranlassen?

Ein Hochverratsprozeß.

Leipzig, 4. Okt. Vor dem Reichsgericht begann heute der Verberter Hochverratsprozeß. Angeklagt sind 14 Angehörige der R.P.D. aus Verber, Düsseldorf und Elberfeld, darunter auch eine Frau. Den Angeklagten wird Hochverrat vorgeworfen, benannt durch am 20. August v. J. unternommenen Versuch, in Verber die öffentliche Gewalt in die Hände der Kommunisten zu bringen und die Republik auszurufen.

Lodesurteil.

Berlin, 4. Okt. Der Arbeiter Böhne, der am 22. November vorigen Jahres in Berlin aufgenommen mit dem dafür zu 12 Jahren Gefängnis verurteilten Arbeiter Rieding die Witwe Böhner ermordet und beraubt hat, wurde zum Tode verurteilt.

Eine französische Spende für Oppau.

München, 4. Okt. Der französische Gesandte in München hat dem bayerischen Ministerpräsidenten das Belief für die Opfer der Oppauer Katastrophe zum Ausdruck gebracht und bei dieser Gelegenheit eine Spende gegeben.

Kindererpflegungen in Rußland.

Kopenhagen, 4. Okt. Aus Helsingfors wird gemeldet: Die amerikanische Hilfskommission in Petersburg hat neun Evakuationskassen eröffnet, die täglich 60 000 Kinder verpflegen können. Die Sowjetbehörden haben die amerikanische Regierung gebeten, auch Evakuationskassen für die Erwachsenen zu errichten, was jedoch abgelehnt wurde.

Großes Erdbeben.

L. Rom, 4. Okt. Nach Denschen von den Koralleninseln ist die Stadt Massana durch ein Erdbeben völlig zerstört worden. Die Bevölkerung ist auf das Land geflohen. Die Erdstöße dauern noch immer an. Die Koralleninsel Massana liegt im Roten Meer an der Küste von Erythrea. Sie ist italienischer Besitz und hatte sehr große Hafenanlagen. Die Insel gilt als bedeutender Handelsplatz und wird überwiegend von Europäern bewohnt.

Ein Milliardenbetrüger.

In Oesterreich ist nicht nur die Regierung gezwungen, bei ihren Ausgaben mit Milliarden umzugehen, als ob es einige Tausende wären, auch die Spitzhüben werden großzügiger. So wird dieser Tage aus Wien berichtet, daß ein Holländer 24 Wiener Bankfirmen um den Betrag von 600 Millionen Kronen betrogen hat. Die eingekassierten Wiener Banken haben dem Holländer diese Summen in österreichischen Kronen anvertraut, damit er holländische Gulden in Amsterdam dafür einhandelt, aber der Holländer hat die Kronen eingekesselt und hat die Forderung der Gulden vergessen. Und als man ihn wegen seiner bedenklichen Betrugshandlung festnahm, verständig er aus dem liebenswürdigsten Wien, das den Ausländern so viel Vertrauen entgegenbringt.

Bäderstreik in Prag.

e. Prag, 4. Okt. Nach achtstündigem Streik in der ersten Großbäderin A.-G. Dolek traten gestern sämtliche Bädergeschäften von Prag in den Generalstreik. Der Bäderverband lehnte eine 20prozentige Lohnerhöhung ab. Die Hauptstadt ist seit Montag früh ohne jedes Brot. Die Streikenden sind entschlossen, gegen Streikbrecher rücksichtslos vorzugehen. — Auch bei den Feinstädlerhörn besteht Streikgefahr wegen unerfüllter Lohnforderungen.

Fluggesellschaft.

t. London, 4. Okt. Ein großes Fluggesetz ist auf dem Flugplatz von Menston in Brand geraten und abgebrannt. Vier Mechaniker und zwei Offiziere wurden getötet.

Brand des Washingtoner Nationalhotels.

e. Washington, 4. Okt. Das Nationalhotel, ein historisches Gebäude, ist am Sonntag durch einen Brand zerstört worden. Die Leichen eines Mannes und einer Frau wurden unter den Trümmern hervorgezogen.

Dritte internationale Arbeitskonferenz.

w. Genf, 4. Okt. Am 25. Oktober wird in Genf, wie bereits gemeldet ist, die dritte internationale Arbeitskonferenz eröffnet werden. Sie wird ungefähr 600 Delegierte aus allen Weltverbandsstaaten und auch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten vereinigen. Die Tagesordnung sieht u. a. die Anwendung der Beschlüsse der Washingtoner Arbeitskonferenz auf die Landwirtschaft vor.

Der Markkurs in Zürich.

e. Zürich, 4. Okt. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mark = 4,60 Geld, 4,65 Brief-Franken.

Sport / Spiel.

Autowesen.

Die Berliner Automobilstellung wurde gestern abend um 7 Uhr geschlossen. Die Zahl der Besucher des letzten Tages der Ausstellung wird auf mindestens 60 000 geschätzt. Insgesamt dürften 300 000 Personen die Ausstellung besucht haben.

Tagesanzeiger.

Mittwoch, den 5. Oktober 1921.
Landestheater. Don Carlos. 6 1/2 Uhr.
Konzertsaal. Tonabend Sammellose Heiser. 7 1/2 Uhr.
Festhalle. Wohltätigkeitskonzert „Das Lied von der Glode“. 8 Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Weltpanorama. Zirkus.
Welt-Kino. Neues Programm.
Eintracht. Vortrag Baguette „Die Wunder der Sternennacht“. 8 1/2 Uhr.
Raffa Bauer. Sonderkonzert. 9 1/2 Uhr.
Hausfrauenbund. Teekonzert. Schöne. 4 Uhr.
Gartenbauverein. Monatsfeier. Sägemus. 8 Uhr.
Ev. Diakonissenanstalt. Jahresfest. Stadtstraße. 8 Uhr.

Apotheker Gronwald's
Tryptophan
Das Vollkommenste für den Haarwuchs
nach Forschungen von Prof. Zuntz. Außerlich anzuwenden.
Flasche 25 Mk. Generalvertreter für Süddeutschland
Prospekt gratis Erhard & Cie., Stuttgart, Schönbühlstr. 71

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Ausgleich von Härten bei Anwendung des Reichsnotopfer-Gesetzes.

Nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer ist am Vermögen von Abgabepflichtigen, die ein steuerbares Vermögen von nicht mehr als 150000 M besitzen...

a) im Alter von 45 bis 60 Jahren ein Viertel, b) im Alter von mehr als 60 Jahren ein Drittel des steuerbaren Vermögens bis zu 50000 M abzugreifen.

Für das überschüssige Vermögen bis zu weiteren 50000 M ist zu a) ein Fünftel und zu b) ein Viertel abzugreifen.

Zum Ausgleich von Härten, die sich aus der wörtlichen Auslegung dieser Vorschrift in den Fällen ergeben können, wo es sich nur um geringfügige Ansprüche der bezeichneten Art oder um Vermögen von wenig mehr als 150000 M handelt, hat der Reichsfinanzminister durch Verordnung vom 19. August d. J. folgendes bestimmt:

1. Die Ermäßigungen des steuerbaren Vermögens nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer können, sofern die Voraussetzungen dieser Vorschrift im übrigen vorliegen, auch dann gewährt werden, wenn der Abgabepflichtige am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Pension oder auf fortlaufende Bezüge aus Hinterbliebenenfürsorge hatte...

2. Ist bei der Veranlagung eines Abgabepflichtigen, bei dem im übrigen die Voraussetzungen des § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer gegeben sind, der Abzug des § 15 Nr. 8 deshalb ausgeschlossen, weil das steuerbare Vermögen mehr als 150000 M beträgt...

Beispiel: Ein verheirateter Pflichtiger von mehr als 60 Jahren ohne Kinder, der keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge hat, besitze ein steuerbares Vermögen von 160000 M.

Hiervon sind abzurechnen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes: Steuerpflichtiges Vermögen 100000 M, Steuer beträgt die Steuer 150000 M, Hiervon beträgt die Steuer 18500 M.

2. nach § 15 Abs. 1 Nr. 8 des Gesetzes a) 1/5 aus 50000 M mit 16666 M, b) 1/3 aus 50000 M mit 12500 M.

Somit ergäbe sich für den Pflichtigen mit dem um 10000 M größeren Vermögen ohne die neue Verordnung ein Mehrbetrag der Abgabe in Höhe von 13500 - 12500 = 1000 M.

Die Ermäßigung nach 1 und 2 treten nur auf Antrag ein. Der Antrag ist spätestens binnen drei Monaten nach endgültiger Feststellung des Reichsnotopfers zu stellen.

Badischer Landtag.

1. Karlsruhe, 4. Okt. Präsident Dr. Kopf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Nach Beantwortung einer kurzen Anfrage des Abg. Wiedemann (Ztr.) an das Arbeitsministerium bezüglich der Unterstützung armer Gemeinden bei der

Der deutschen Presse Nibelungenfahrt.

Von Chefredakteur von Laer.

Unter dem Titel „Der deutschen Presse Nibelungenfahrt“, hat Chefredakteur v. Laer in der Ausgabe vom 16. Sept. des „Karlsruh. Tagbl.“ den Anfang der Fahrt geschildert die die deutschen Journalisten nach Wien brachte.

Die Landschaft, die Wachau genannt, hat viel Ähnlichkeit mit den schönen Teilen unseres Rheingaaes. Verwandelte Höhen wechseln mit Nebenbügeln, von denen aus sich Schlösser, Burgen und Klöster im Wasser spiegeln.

Unsere Ankunft in Wien war ursprünglich auf die sechste Abendstunde vorgesehen worden; hier sollte uns, an den Kais des Donaufanals, ein großer Empfang bereitet werden.

Elektrizitätsversorgung wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Abg. Straub (Ztr.) berichtete im Auftrage des Ausschusses für Rechtspleine und Verwaltung über den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes zur Entlastung der Gerichte.

Der Gesetzesentwurf wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Ueber den Entwurf eines Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung, sogen. Besoldungsparitätsgesetz, berichtete Abg. Dr. Leiser (Dem.).

Auch dieses Gesetz wurde ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Um 11 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt mit der Tagesordnung: Gesetzesentwürfe.

Die Auflösung der Stammgüter.

Der Verfassungsausschuss befaßte sich mit der Angelegenheit der Stammgüterfrage, zu der das Justizministerium am 1. Februar einen Gesetzesentwurf vorlegte.

Badische Politik.

Landtagskandidaten.

Wie die „Freisgauer Zeitung“ hört, wird Prof. Gustav Maier-Neustadt, der frühere Zentrumsführer an erster Stelle der Landesliste für die Deutsch-nationale Volkspartei kandidieren.

verspätete Abfahrt aus Meß, die ursprünglich nicht vorgesehene Zwischenlandung in dem lieblichen Spitz, dessen Einladung abzulehnen uns nicht möglich war, schon die Ankunft immer weiter hinaus, und bald war es uns klar, daß wir nicht vor Dunkelwerden am Ziel sein würden.

Nachdem wir die Wachau hinter uns hatten, verflachten sich die Ufer, nur hier und da noch ein Prunkbau aus alter Zeit, das alte Talne des Nibelungenlandes, wo Egel mit Dietrich von Bern die liebliche Krimhild selbst empfing, taugt auf, und von Bergeshöhe schaut Burg Greifenstein hernieder.

Wir waren in angeregtester Unterhaltung mit einem Ingenieur aus Klosterneuburg und durch den Reiz des immer wechselnden Landschaftsbildes in der Abendstimmung über die Stunden der vergrößerten Ankunft hinweggetommen.

kreis umfasst folgende Namen: 1. Minister Hummel-Karlsruhe, 2. Dekonomierat Vielbauer-Karlsruhe, 3. Bijouteriefabrikant Schall-Pforzheim, 4. Malermeister Hoffmann-Bruchsal, 5. Kreisfürsorgerin Käthe Krausmann-Karlsruhe, 6. Rektor Behringer-Durlach, 7. Bürgermeister Lindörfer-Dürrenbüchig, 8. Fabrikdirektor Dr. Döderlein-Karlsruhe, 9. Monteur Gartner-Durlach, 10. Haderobermeister Hofner-Pforzheim, 11. vr. Arzt Dr. Dossen-Föllingen, 12. Straßmeister Eisele-Etlingen, 13. Professor Kessler-Karlsruhe, 14. Kaufm. Angestellter Dreslinger-Bruchsal, 15. Land- und Gastwirt Steuble-Eutingen.

Aus der Deutschen Volkspartei.

St. Georgen i. Schw., 4. Okt. In einer in Singen abgehaltenen Wahlkreisversammlung der Deutschen Liberalen Volkspartei wurde mitgeteilt, daß Expeditur Rudolf Wintermantel von St. Georgen als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Konstanz-Willingen und an zweiter Stelle Landwirt Dr. Maties in Stodach aufgestellt worden sind.

Ministerialrat Rödel.

t. Mannheim, 4. Okt. Ministerialrat Rödel im Ministerium des Kultus und Unterrichts ist dem Schlaganfall, von dem er vor wenigen Tagen betroffen wurde, erlegen.

Erweiterung der Sonntagsarbeit im Handel.

Man schreibt uns: Unterm 21. September ds. Js. hat das Reichsarbeitsministerium nunmehr den Interessenten den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem eine Erweiterung der Zahl der Ausnahmestunden von jährlich 10 auf 14 unter Verkürzung der Gesamtzahl der Arbeitsstunden von 80 auf 48 vorgesehene ist.

Eine Angestellten-Kundgebung.

Man schreibt uns: Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) hatte seine Mitarbeiter aus dem Reiche zu einer Aussprache über die gegenwärtige Lage nach Berlin einberufen.

fenden den sozialen Frieden, die Steigerung der Produktivität und den Weg des Aufstieges zu neuer wirtschaftlicher und staatlicher Geltung sichert.

Drohender Streik der Karlsruher Postbeamten.

1. Karlsruhe, 4. Okt. Gestern Abend hielten hier der Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Kreisverein Karlsruhe und die Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten (Militärwärter) getrennt zwei gutbesuchte Versammlungen ab, in denen von beiden Berufsvertretungen der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, daß sie sich hinter die Forderung der Spitzenorganisation stellen, falls Karlsruhe in die Ortsklasse A kommt.

Hilfe für Oppau.

Karlsruher Spenden.

Wie wir bereits mitteilen, konnten an die Opfer im Namen des gesamten Personals der Firma F. Wolff & Sohn, G. m. b. H. 27 400 Mark, die aus Ueberstunden erzielt wurden, an das Hilfskomitee für Oppau abgeliefert werden.

Die Karlsruher blauen Polizeibeamten einschließlich der Fahndungsabteilung der Zentrale haben auf einen Aufruf 1950 Mk. für die Opfer von Oppau gesammelt, die an den Landesverband der Polizeibeamten Wadens weitergeleitet worden sind.

Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Sitz Berlin, hat zur Linderung des furchtbaren Oppauer Unglücks eine großzügige Hilfsaktion über ganz Deutschland in allen seinen Ortsgruppen in die Wege geleitet.

1. Ludwigshafen, 4. Okt. Es hat sich herausgestellt, daß bei der Explosionkatastrophe in Oppau von Fremden Kinder verschleppt worden sind, deren Aufenthaltsort bisher nicht ermittelt werden konnte.

Berlin, 4. Okt. Die holländische Firma Pierson in Amsterdäm leistete für die Opfer von Oppau 100 000 Mark.

Halle, 4. Okt. Ein Besuch im Ammoniakwerk Leuna der Badischen Anilin- und Sodafabrik gab hiesigen und auswärtigen Pressevertretern einen Einblick nicht nur in den imposanten Riesbetrieb, sondern auch in die Arbeitsverhältnisse, die von kommunistischer Seite als gefährlich dargestellt worden sind.

terrestaurant, allwo Heinrich von Meß wiederum aus humorgewürzten Reden die fühllichsten Perlen für die Bearbeitung der neuesten Nibelungenfahrt hätte schöpfen können.

Kunst und Wissenschaft.

Ausstellung neuer deutscher Kunst in der Schweiz. Dieser Tage hat der Baseler Kunstverein in der dortigen Kunsthalle eine große Ausstellung neuerer deutscher Kunst — zum ersten Male seit dem Kriege — eröffnet.

Personalien. Der in Orientalistenkreisen weitläufig rühmlich bekannte Berliner Vilmorfer Dr. Friedrich Kern ist plötzlich an schwerer Krankheit gestorben.

einzelner Herren, wir achteten wenig auf die in reichendem Strom und in beträchtlicher Breite dahinschießende Donau, wir ahnten nicht die ganze Unzulänglichkeit unserer Fabrikandrängung, kurz wir waren uns nicht bewußt, daß wir im Schleppe des mit Vollaas schwer arbeitenden Motorbootes ein gewagtes Spiel mit den Tiden der Donau trieben.

Nun standen wir weit außerhalb Wiens im Dunkel der Nacht und traten mit Köpfen beladen den Bormarsch an. Nach 20 Minuten wurde die Strahlenbahn eines Vorortes erreicht und nun zunächst telefonisch mit der programm-mäßigen Landungsstelle Wien in Verbindung getreten.

Noch in vorgedachter Stunde versammelten wir uns zu einem Begrüßungsabend im Pra-

Die ordentliche Hauptversammlung des badischen Gemeindeverbandes

wurde durch den 1. Vorsitzenden Herrn J u l i e r um 9 Uhr vormittags im „Aben“ zu G e r n s b a c h eröffnet, der die Vertreter der einzelnen Verbände begrüßte und besonders der Stadt für ihr herzlich willkommen dankte.

Bürgermeister M e n g e s entbot als Vertreter der Stadt Gernsbach nochmals den Willkommengruß und hoffte, daß die Tagung in der Perle des Murgtales Erfolge haben werde.

Ministerialrat Dr. V e n d e r dankte als Vertreter des Ministeriums des Innern zur Einladung und betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens; auch ein Vertreter des Arbeitsministeriums nahm Veranlassung, für die Einladung zu danken, desgleichen die Vertreter des bayerischen Landgemeindevverbandes und des Verbandes württembergischer Landgemeinden, die u. a. der Freude über die gemeinsame Zusammenarbeit Ausdruck verliehen. Der Zentralverband badischer Gemeindebeamten, der Verein badischer Bürgermeister, der Verband der Ratsschreiber schlossen sich dem Dank für die Einladungen und den Wünschen besten Verlaufs an.

Der Geschäftsbericht betonte die schwierige Lage der Gemeinden in heutiger Zeit, die durch die weiteren Finanzreformen noch trostloser werden könne. Man müßte vor allem versuchen, auf eine andere Grundlage im Verhältnis zum Reiche zu kommen. Die einzelnen neuen Steuererlasse gäben keinerlei Erlös für das, was den Gemeinden genommen wurde. Man hätte eine größere Wahrung der Interessen der Gemeinden erwarten dürfen. Der Berichterstatter behandelte die einzelnen Steuervorlagen, die den Gemeinden fast alle Einnahmehöchstleistungen genommen haben. Die gemeinsame Interzessionsvertretung der Gemeinden mußte im Verband aufs nachdrücklichste gewahrt werden, da nur noch geschlossenes Vorgehen Aussicht auf Erfolge hat.

Eine ergebnisreiche Aussprache entfaltete der zweite Punkt der Tagesordnung: Steuervertiefungs-gesetz, Grund- und Gewerbesteuerertrag und sonstige Steuerfragen.

Man einigte sich auf Annahme nachstehender Entschlüsse: Die Steuerpolitik des Reiches ist für die Gemeinden außerordentlich verhängnisvoll geworden insofern, als sie ihnen die Haupteinkunftsquelle (Einkommensteuer) entzogen und sie auf feste Reichszuschüsse verwiesen hat. Wenn auch die Notlage des Reiches dazu Anlaß gegeben hat, so muß Abhilfe doch auf andern Wegen als durch Schwächung der Gemeindefinanzen gesucht werden, denn dadurch wird die Erfüllung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben in einer Zeit unendlich gemacht, in der die Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung um das 15- bis 20fache gestiegen sind. Die Wirtschaftslage vieler Gemeinden ist dadurch geradezu trostlos geworden, und es ist zu befürchten, daß sie dem völligen Ruin entgegen gehen, wenn nicht gründlich Wandel geschaffen wird. — Die Hauptversammlung des Badischen Gemeindeverbandes erwartet deshalb von der Reichsregierung, daß sie den Gemeinden das Rücklagsrecht zu der Einkommensteuer ungeschmälert wie früher wieder gewährt und die Selbstverantwortung der Gemeinden wieder herstellt und vor allem dafür sorgt, daß die Veranlagung der wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend vorgenommen wird. Die Landesregierung wird ersucht, die bereits im Grund- und Gewerbesteuerertrag ausgesetzene Steuerhoheit der Gemeinden anzuerkennen zu erlassen und möglichst weiter auszubauen. Auch soll sie sich dafür einsetzen, daß die frühere Schätzungsweise wieder eingeführt wird. Die Hauptversammlung ist überzeugt, daß nur auf diesem Wege der allmähliche Zerfall des Wirtschaftslebens hintangehalten werden kann.

Nach kurzer Berichterstattung über den neu eingeführten Kommunalverlag wurde die Entschlußfassung angenommen, die diese Einrichtung für gut befindet und den Gebrauch empfiehlt.

Bei Besprechung der „Wohnungsabgabe“ meinte der Redner, daß hier kaum mehr von einer Wohnungsnot, sondern von einem Wohnungsüberschuß gesprochen werden müsse. Erschwerend kämen die manchmal recht absurden Bestimmungen des Arbeitsministeriums in Betracht. Die Landgemeinden legen Wert darauf, daß sie die geforderten Wohnungsabgaben auch für sich, bzw. für ihren Bezirk verwenden und nicht anderen Verbänden zustehen, die infolge ihrer Entwicklung selbst in der Lage gewesen wären, mit eigenen Kräften die Wohnungsnot auszugleichen. Die private Bautätigkeit müsse in gleicher Weise wie die der Bauenspezifischen Unterstützung finden. Der Vertreter des Arbeitsministeriums betonte, daß das Ministerium sich stets die Behebung der Wohnungsnot auf dem Lande angehehen ließe. Das Ministerium sei aber nicht allein finanziell, sondern auch durch Bestimmungen gebunden, die vom Reiche erlassen worden sind.

Einstimmig wurde nachstehende Entschlußfassung angenommen: Die Hauptversammlung des Bad. Gemeindeverbandes steht auf dem Boden der Regierungsvorlage über die Erhebung einer Wohnungsabgabe und über die Bildung von Wohnungsverbänden in den Bezirken. Nachdem aber die Städte über 4000 Einwohner nicht in die Verbände einbezogen sein wollen, stellt sie den Antrag, daß die Verbände sich nur auf die Gemeinden und vielleicht noch auf die Städte unter 4000 Einwohner erstrecken, sofern diese es wünschen. Sie hat auch das Vertrauen zum Badischen Landtag, daß er dem Grundgedanken des Entwurfs, den Leistungsschwachen Gemeinden, die zur Behebung ihrer Wohnungsnot nötigen Mittel zuzuführen, zur Durchführung verhilft. Landes- und Kreiswohnungsverbände lehnen wir, als dem Zweck des Gesetzes zuwiderlaufend, ab. Die Hauptversammlung beantragt, die Regierung wolle den Baukostenzuschuß zum Zwecke der Vinerdung der Wohnungsnot nicht mehr wie bisher von der Bereitstellung eines Gartens abhängig und auch den Ausbau von vorhandenen leerstehenden Räumen zu Wohnungen fördernd inbald machen.

Die Gemeindeordnung bildet, wie in der Verfassung des Vereins bad. Bürgermeister am Vortage, den Gegenstand eines ausführlichen Vortrags, der die hauptsächlichsten Er-

rungen für die Gemeindeverwaltung hervorhob. Zweifelsohne bilde die Gemeindeordnung einen Markstein in der Geschichte der Gemeinde, die vorbildlich für Baden sei. In den Gemeindeverordnungen liege es, dem Gesetz den richtigen sozialen Geist zu geben, damit es in der Praxis zum Wiederaufbau des Vaterlandes beitrage.

Bürgermeister M e n g e s nahm Veranlassung, Ministerialrat Dr. V e n d e r, der die neue Gemeindeordnung in der Hauptsache verfaßt hat, zu danken.

Zimmerhin wurden in der Aussprache verschiedene Mängel, die die neue Gemeindeordnung enthalten soll, gerügt, bevor die endgültige praktische Auswirkung erprobt wurde.

Ein weiterer Vortrag behandelte die Bezirksorganisationen nach den neueren Gesichtspunkten, die eine Bildung von Bezirkswirtschaftsräten vorseht. Auch die Frage des Zusammenchlusses Badens und Württembergs wurde kurz gestreift.

Bezüglich des Fürsorgegesetzes wurde die auch bei den übrigen Klassen festzustellende Tatsache erwähnt, daß die Ansprüche an die Klasse zu hoch seien und daher die Gemeinden helfend mit einbringen sollten. Die Ausführungen deuten sich zum großen Teil mit dem am Vortage gemachten Ansehen und Fortschritten auf Sicherstellung der Gemeindebeamten im Alter, bei Krankheit und der Fürsorge für die Hinterbliebenen.

Eine entsprechende Entschlußfassung lautet: Das neue Fürsorgegesetz bringt zwar manche Verbesserungen, kann aber weder die Gemeinden, noch die Versicherten befriedigen, weil es den Beamten eine wirkliche Fürsorge nicht bietet und nicht imstande ist, den Gemeinden Zuschüsse zu den unzulänglichen Verordnungsbesätzen ihrer Beamten zu ersetzen. Die Hauptversammlung des Badischen Gemeindeverbandes verlangt eine Neuordnung der Fürsorgebestimmungen derart durchzuführen, daß den Versicherten eine Fürsorge zuteil wird, wie sie auch die Reichs- und Staatsbeamten genießen und auch auf Beamte über 50 Jahre ausgedehnt wird, damit die Gemeinden nicht ungebührlich belastet werden.

Ueber die Ausbildung der Gemeindebeamten wurden wesentliche Forderungen dahingehend gegeben, daß man daran denken sollte, die jüngeren Beamten in Kursen usw. auszubilden. Der Vertreter vom württembergischen Verband gab Anhaltspunkte auf Grund des Ausbildungsplans, das in Württemberg bereits eingeführt ist. Die Entschlußfassung bezüglich dieses Punktes hatte folgenden Wortlaut:

Die Hauptversammlung des Badischen Gemeindeverbandes hält die Aus- und Fortbildung der Gemeindebeamten als eine dringende Notwendigkeit. Die Verschärfung anerkannter Lehrkräfte ist Vorbedingung. Dezentralisierung der Ausbildung in Kursen ist anzustreben. Ausarbeitung der Prüfungsordnung usw. ist Aufgabe einer besonderen Kommission.

Mit Rücksicht auf die vorangeschrittenen Zeit wurde nur kurz über Bezirksorganisationen gesprochen, ferner größeres Interesse für die Reichs-schrift gefordert.

Der Rechnungsabluß 1920 konnte noch nicht vollständig vorgelegt werden, da der frühere Rechner den Abschluß noch nicht angefertigt hatte. — Der Vorschlag für 1922 wurde festgestellt. Im Interesse der Gemeinden müsse anheimgestellt werden, die Veranschlagungsbeträge der heutigen Verhältnisse anzupassen. Verschiedene unwesentliche Änderungen in den Ausgaben bezüglich des Feuerversicherungsbereichs „Badenia“ wurden genehmigt. Demnach lautet der Titel „Versicherungsverein badischer Gemeinden“, mit dem Sitz in Karlsruhe.

Nach weiteren Ausführungen kam man zum vorletzten Punkt der Tagesordnung und bestimmte, daß der nächste Tagungsort im badischen Oberland sein soll, während das Hinterland bei Tauberbischofsheim sich den Sitz für 1923 sicherte. Nach 6 1/2 stündiger Tagung konnte um 8 Uhr nachmittags die Sitzung geschlossen werden.

Das Festbankett, das zu Ehren der Bürgermeister am Samstagabend im Löwen abgehalten wurde, nahm einen wohl gelungenen Verlauf. Nach einigen Musikstücken der hiesigen Kapelle begrüßte Bürgermeister M e n g e s die Gäste, denen neben den Stunden erster Arbeit auch gemüthliche Unterhaltung geboten wurde, damit sie die Tagungen in Gernsbach in angenehmer Erinnerung behalten. In rascher Reihenfolge wurden gesellige und humoristische Darbietungen vorgebracht. Ludw. S e r m a n n brachte seine neuen Schläger, während auch ernte Vorträge eines aus der Geschichte Gernsbachs und Schloß Gertstein einfließen. In origineller Weise gab der Ratsschreiber seine Ansichten über die Bürgermeister kund und erntete den größten Beifall. Auch der Austritt des Kampfmalers muß lobend erwähnt werden, der als eigener Entwurf die Partie am Storchenturm hervorkehrte. — Allen Beteiligten wurde der Dank der Gäste dargebracht, die in angenehmer Erinnerung an die frohen Stunden Gernsbach und seinen Bürgermeister hoch leben ließen.

Aus Baden.

Reichsnotopfer und Notariats- und Grundbuch-Gebühren.

Auf Grund einer vom Staatsministerium erteilten Ermächtigung hat das Justizministerium im Interesse der Kleinrentner und anderer leistungsschwacher Abgabepflichtigen den Notariats- und Grundbuchämtern die Befugnis verliehen, Notariats- und Grundbuchgebühren, die für die Verpfändung von Hypotheken und Wertpapieren zwecks Sicherstellungsleistung für zinslos gestundete Reichsnotopferabgaben und für die Eintragung solcher Verpfändungen ins Grundbuch geschuldet werden, auf Antrag niederzuschlagen.

Karlsruhe, 4. Okt. Bürgermeister K l o b, Vorstand der Molkerei Fernmattingen, wurde anstelle des verstorbenen Dekanatsrats S a e n a e r - Diersheim zum Präsidenten des Badischen

Molkereiverbandes Karlsruhe gewählt. Stellvertreter wurde Verbandsdirektor Staatsrat S c h ü n.

Karlsruhe, 4. Okt. Die zweite juristische Staatsprüfung soll im Jahre 1922 zwei Mal abgehalten werden, und zwar in der ersten Hälfte des Monats Juni und Mitte November beginnend.

Pforzheim, 4. Okt. Vergangenen Samstag und Sonntag feierte hier der D e r r h. J u n g m ä n n e r b u n d (früher Oberrh. Finglingsbund) sein 25. Bundesfest. Am Vorabend fand eine Begrüßungsfeier statt, der Sonntag Vormittag war einer kirchlichen Feier vorbehalten. Am Nachmittag zogen die Vereine in einem Festzuge in die Stadtkirche, in der ein Volksmissionsfest abgehalten wurde, wobei verschiedene Berufsarbeiter im Bunde sprachen. Das Bundesfest klang am Abend mit einer Feier durch den Pforzheimer Verein aus.

Wiesloch, 3. Okt. Die gestrige Vormittags-sitzung der Gemeinnützigen Bauerno-fenschaft m. b. S. Wiesloch zeigte im Geschäftsbericht folgende Daten: der Kassenabchluß der ganzen Bauperiode stellte einem Vermögen von 245 000 M eine Schuld von 243 000 M gegenüber, so daß als Reichtum 2000 M gebucht werden können. Die Genossenschaftsanteile samt Zinsen auf 60 000 M, die Baukosten vorläufig durch die Stadt 298 000 M. Die Bautätigkeit war in der letzten Zeit eine wenig realistische, da die Stadtgemeinde die Ausführung von Neubauten nunmehr selbst übernommen hat.

Wiesloch, 4. Okt. Ein gewalttätiger Mensch, der gestern wegen eines vor einiger Zeit verübten Revolverattentats eine sechs-wöchige Gefängnisstrafe antreten sollte, Jakob W e t t e r, geriet mit seinem Kameraden Max F a b i a n in einen Streit, wobei er diesem 7 Dolchstiche versetzte, von denen zwei die Lunge verletzten. Der Schwerverletzte mußte nach Heidelberg gebracht werden.

Reich, 4. Okt. Vor einigen Tagen gab der ledige Ziegeleiarbeiter F r i t z D i e s e n b a c h vom Derrenteich dem Fabrikarbeiter F r i t z W a g n e r eine derart kräftige Ohrfeige, daß dieser am Sonntag, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, starb. Der Täter ist der, wie von uns gemeldet, am Sonntag vormittag an der Rheinbrücke bei Speyer mit dem Rad Verunglückte, der in das Krankenhaus Speyer eingeliefert werden mußte.

Sodenheim, 4. Okt. Während der Kirchweih-schlag der 25jährige Josef W i e d l i n g m e i e r aus Kraftprogrei 60 mal auf den sog. „Lufas“ und brach infolge Herabschlags tot zusammen.

Mannheim, 4. Okt. Am Sonntag nachmittag wurde im Röhrlungenaal des Rosengartens eine S ü d d e n t s c h e M o d e - G e w e r b e - und F a c h a u s t e l l u n g der Vereinigten F r i s e u r e von Mannheim und Umgebung eröffnet. Die Ausstellung birgt die modernsten Erzeugnisse auf dem Gebiete der Haarkunst, Parfümerie und alle Toilettegegenstände die mit dem Friseurgewerbe zusammenhängen. Außerdem sind Friseurerichtungen, Trockenanlagen und Apparate zur Massage ausgestellt. Mit der Ausstellung war ein Schaue- und Modestruken und eine Modeschau verbunden. — Am 23. Okt. findet hier eine Landeskonzert des Gauces Baden des Zentralverbandes der Unfallverletzten, Witwen und Waisen Deutschlands statt.

Heidelberg, 4. Okt. Eine Kammer für Handelsfragen ist durch Erlass des Justizministeriums beim Landgericht Heidelberg für dessen Bezirk errichtet worden.

Friedrichsfeld, 4. Okt. In Sedenheim kam die 64 Jahre alte Frau S o z e l b e r g e r aus Dammthal beim Aufspringen auf den anfangenden Zug unter die Räder, wobei ihr das linke Bein abgefahren wurde und sie noch innere Verletzungen erlitt. Die Verunglückte wurde in das Akademische Krankenhaus nach Heidelberg gebracht, wo sie ihren Verletzungen erlag.

Weinheim, 4. Okt. Die Lederfabrik S t a m m d H i r s c h läßt an der Scheffelstraße neun Einfamilienhäuser erbauen. — Der Unterbadische Bezirksverband der Evangelischen Volksvereine hielt hier unter Vorsitz von Prof. D u d den Verbandstag ab. Die einzelnen Abgeordneten berichteten über die von ihnen erfüllte Tätigkeit. Generalsekretär H a r r e r F i n k - M a n n h e i m erteilte Bericht über seine Tätigkeit bei den mittelbadischen Brudervereinen. Der Vorsitzende stellte sodann das Programm für die Winterzeit fest und die in Aussicht genommenen Vorträge auf. Oberinspektors R a n d o l l - W e i n h e i m beantragte, den einzelnen Brudervereinen Jugendabteilungen anzuschließen. Dieser Antrag wurde für nächste Tagung zurückgestellt und dazu Herr R a n d o l l das Referat übertragen. Zur Unterhaltung von Prof. D u d wurde Herr C e r t s - W a l d h o f zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die nächste Bezirksverbandstagung wurde auf Januar 1922 in Schwetzingen anberaumt.

Oberwolfach, 4. Okt. Das Wohnhaus des Landwirts Engelbert A r m b r u c k e r in G e l s b a c h - S o l m a d wurde durch Feuer zerstört. Einige Schweine sind verbrannt, das Grochwet konnte gerettet werden; ebenso verbrannte das Inventar.

St. Georgen, 4. Okt. Der Grund- und Hausbesitzerverein erhöhte mit Zustimmung des Wohnungsamtes die Mietpreise vom 1. des Monats an und verrechnet die Grundmiete mit 7% v. Steuerwert des Hauses und die Instandhaltungskosten mit 3%. Dazu kommen noch weitere Betriebskosten, doch darf die verrechnete Miete den Friedenspreis um nicht mehr als 30% übersteigen.

Freiburg, 4. Okt. In Haft genommen wurde ein G e f ä n g n i s a u f s e h e r, der eingekerkert haben soll, den ausländischen Silberdieb, die vor mehreren Wochen aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis entflohen, gegen eine Belohnung von 2000 M die Flucht erleichtert zu haben. Der in dieser Angelegenheit zuerst verhaftete Gefängnisaufseher wurde wieder in Freiheit gesetzt, da sich keine positive Unschuld ergeben hat. — Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten sind zwischen dem M i e t e r v e r e i n und den Mieter-Besitzern des Mietverleihungsamtes ausgebrochen, da die letzteren, ebenfalls Mit-

glieder des Mietervereins, die Auffassung vertreten, daß die steuerliche Mehrbelastung nicht allein von den Hausbesitzern, sondern auch von den Mietern getragen werden müsse und eine 50prozentige Mieterbürgschaft gerechtfertigt sei. Der Mieterverein hat nun in öffentlicher Versammlung den Mieterbesitzern ein Misstrauens-votum ausgesprochen.

Reich, 4. Okt. Die hiesige Kontroll-felle der Reichseinfuhr ist zum 1. Okt. aufgehoben worden.

Willingen, 4. Okt. In diesen Tagen treffen abermals 60 Kinder aus der durch die Explosion schwer heimgefundenen Gemeinde O p p a u hier ein, um in den umliegenden Gemeinden bei barmherzigen Familien untergebracht zu werden.

Mühlheim, 3. Okt. Der Herbst im badischen Oberlande ist nun allenthalben beendet. Das Weinjahr hat schon recht eingeseht. Man ist mit den Herbstträgen nicht überall zufrieden, aber die Qualität läßt nichts zu wünschen übrig. Die Preise bewegen sich zwischen 1500 und 1800 M. pro Dm.

Meine Mitteilungen. Die S ö l l e n b r a u e r e i A. G. in Radolfzell hat ihren Betrieb mit demjenigen der K i r c h l. F ü r t t e n b e r g e r s c h e n B r a u e r e i A. G. in Donaueschingen vereinigt. — In K i r c h e n - D a u s e n ist die Kunstmühle der Witwe Anton Käfer durch F e u e r völlig zerstört worden. — Aus dem L e t t a u wird berichtet, daß der Preis für den Zentner K a r t o f f e l dort 40 bis 50 M. beträgt. — Im letzten Sonntag hat die Ortsgruppe D e r t i r c h des V a b. S c h w a r z w a l d v e r e i n s die Einweihungsfeier der K i r c h e n t o p f h ä l l e vorgenommen. — In D a l l a u bei Mosbach ist W i l h e l m b e r g e r D i e r i c h W e i n m a n n zum Bürgermeister gewählt worden. — In M ö r s c h e n h a r d t bei Mosbach wurde bei Grabarbeiten in einem alten Keller ein großer Topf mit G o l d m ü n - a e n, die wahrscheinlich während der Schwedenzeit verstreut worden waren, aufgefunden. Die Münzen stellen einen hohen Wert dar.

Karlsruher Herbstwoche.

Badische Möbelschau.

Die Besichtigungszeit für die Badische Möbelschau geht zu Ende. Am Donnerstagabend 6 Uhr wird die Badische Möbelschau programm-mäßig geschlossen. Wider alles Erwarten groß war der Anflug, den die Ausstellung weit über die Grenzen des engeren Heimatlandes hinaus gefunden hat. Von überall her kamen die Besucher, um die Erzeugnisse der badischen Möbelindustrie und des badischen Kunstgewerbes zu besichtigen. Alle sind sie voll Bewunderung und Befriedigung über das Gesehene nach Hause gegangen. Der Andrang zur Ausstellung war oft derartig groß, daß die Ausstellungsräume die Besucher zu einer ruhigen Beschau der ausgestellten Gegenstände kaum aufnehmen konnten. Waren es doch am letzten Sonntag allein über 5000 Besucher, die die Ausstellung passiert haben. Im ganzen beträgt bis heute die Besucherzahl über 25 000.

Tagung der Maler- und Lünchermeister.

Karlsruhe, 3. Okt. Die badischen Maler- und Lünchermeister hielten heute ihren 20. Verbandstag ab, der vom 1. Vorsitzenden, Herrn L a c c o r i z, mit einem Rück- und Ausblick eingeleitet wurde. Der Verband zählt heute nahezu 800 Mitglieder. Redner bemerkte, daß die Arbeitsvergebarung von Staat und Stadt sehr zu wünschen übrig lasse, Man sei mehr oder weniger bestrebt, zum alten Submissionswesen zurückzukehren. Es müßten angemessene Preise verlangt werden, aber keinesfalls zu hohe. Angemessener Preis erfordere aber unter allen Umständen Quallitätsarbeit. Der Reichstagsvertrag, der am 13. Februar 1920 abgeschlossen wurde, laufe am 5. Februar 1922 ab. Bei den nächsten Verhandlungen über den Reichstagsvertrag würden auch die Verlichtungsfrage und die Urabfrage eine Rolle spielen. Im Laufe des Jahres findet in Bern ein internationaler Kongress statt, der sich mit dem Verbot der Meistervergebarung beschäftigt. Das deutsche Malergewerbe wird dabei durch den Bundesvorsitzenden K r u z e vertreten sein. Redner fand empfehlende Worte für die neue badische Landesfachschule für das Malergewerbe und warnte im Schlußteil seines Referats angesichts der bevorstehenden Wahlen vor der Bildung von wirtschaftlichen Sondergruppen. Die Handwerkerorganisationen müßten durch die politischen Parteien in den Parlamenten ihre Forderungen zu erreichen suchen. Als notwendig erkannt werde eine großzügige deutsche Maler-fachzeitung.

Schriftführer S a a g sprach sodann über den Plan einer Malerfachausstellung in Karlsruhe während der Herbstwoche 1922. Es soll insbesondere Gewicht auf Muster für bemalte Wohnräume gelegt werden. Einen breiten Raum in der Aussprache nahmen die Gestaltung des Tarifs und die Frage der Preisbildung ein. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach der Malerverbandstag vom Landtag erwartet, daß der im Ausschuss abgeleitete Antrag Dr. G l o c k e r zur Frage der Preisfestsetzung dennoch Annahme findet. Nach Genehmigung des Vorschlages für 1922 und der Wiederaufnahme des feststehenden Vorstandes wurde die Tagung geschlossen.

Man färbe dahem nur mit echten Brauns'schen Stofffarben und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre Nr. 2 von Wilhelm Brauns, Oes m. beschr. Haftung, Quedlinburg a. H.

Bestecke
reicher Auswahl — erster Fabrikate zu äußersten Tagespreisen
J. Petry Wwe., Hofl.
Kaiserstraße 102 Telephone 1558.

Aus dem Stadtkreise.

Die statistischen Monatsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe sind soeben erschienen und im Buchhandel für 1 M zu haben. Der Inhalt befaßt sich mit folgenden Kapiteln: Einwohnerzahl, Bevölkerungsbewegung, Gesundheitspflege, Viegenhaftsverkehr, Bautätigkeit, Wohnungsmarkt, Versorgung der Stadt mit Wasser, Gas, Elektrizität, Kohlen, Kleidung und Lebensmittel (auch Preisstatistik), Verkehrswesen, Rechtspflege, Städtische Spar- und Pensionskassen, Krankenkassenstatistik, Arbeitermittlung und Erwerbslosenfürsorge, Fürsorgeamt, Badewesen, Städtische Kinderheim, Volkslesehalle, Stadtpark, Brandtätigkeit, Bekleidungsstellen, Stadt. Steuern und Gebühren sowie Wahlen.

Fürsorge für Schwerbeschädigte. Amtlich wird bekannt gegeben: Das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge hat angeregt, die staatlichen und kommunalen Behörden möchten erklären, daß sie Arbeiten nur an solche Firmen vergeben, die ihren Verpflichtungen zur Einstellung Schwerbeschädigter nach dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 und der Ausführungsverordnung vom 21. April 1920 genügt haben. Ein entsprechendes Verfahren, das sich in England, wo es seit längerer Zeit eingeführt ist, bewährt haben soll, würde den mit der Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes betrauten Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge gegenüber Arbeitgebern, die in der Erfüllung ihrer Pflichten säumig sind, eine wirksame Handhabe gewähren und ihnen in vielen Fällen die Einleitung von Strafverfahren nach § 14 des Gesetzes ersparen. Die praktische Durchführung dieser begünstigten Anweisung wäre am zweckmäßigsten in der Weise zu gestalten, daß die Behörden, bevor sie größere Aufträge an eine Firma vergeben, sich vorher bei der zuständigen Hauptfürsorgestelle verständigen, daß die Firma ihrer Verpflichtung zur Einstellung Schwerbeschädigter genügt hat. Für die badische Staatsverwaltung ist entsprechende Anordnung erlassen worden. Auch den Städten wurde nahegelegt, bei Vergabe größerer Arbeiten in gleicher Weise zu verfahren.

Ueberwachung der Preistreibeerei und des Wuchers. Das Ministerium des Innern hat Veranlassung genommen, die Polizeibehörden und die Gen darmereie zur Ueberwachung der Preistreibeerei und des Wuchers im Zusammenwirken mit den Staatsanwaltschaften und den örtlichen Preisprüfungsstellen erneut anzuweisen.

Warnung vor der Fremdenlegion. Neuerdings lehnt die franz. Regierung die Freigabe aus der Fremdenlegion auch von solchen Deutschen, die bei der Anwerbung noch nicht 20 Jahre alt waren, mit der Begründung ab, daß der Angeworbene bei seiner Anwerbung, wenn auch wahrheitswidrig, angegeben habe, bereits das Alter von 20 Jahren erreicht zu haben. Es ist anzunehmen, daß weitaus die Mehrzahl der unglücklichen Opfer eine derartige Erklärung mit dem Verbotformular unterschreibt, ohne dies zu wissen, zumal sie in den meisten Fällen der französischen Sprache nicht mächtig sind. Sie sind dann rettungslos der Fremdenlegion verfallen und alle Anstrengungen der Angehörigen, die jungen Leute aus der Legion zu befreien, können keinen Erfolg haben. Darum kann die schon oft ausgesprochene Warnung vor der Anwerbung zur Fremdenlegion nur eindringlich wiederholt werden.

Warnung vor Angeboten von Trunksuchtsheilmitteln. Der badische Landesverband gegen den Alkoholismus schreibt uns: Neuerdings wird wieder einmal von einer hannoverschen Adresse ein Trunksuchtsheilmittel angepriesen; unaufrichtiger Versuch und Gratiskur sind werden angeboten. Schon die Form der Ankündigung läßt erkennen, daß es sich hier um eines jener Trunksuchtsheilmittel handelt, wie sie allenthalben zum Schaden der Kranken angepriesen werden. Seit Jahrzehnten wird die Lösung des Problems vergeblich gesucht, die Trunksucht durch Medikamente zu beseitigen. Zahllose Versuche, selbst solche mit täuschenden Augenblickswirkungen sind gemacht worden. Es ist aber bisher völlig mißlungen, ein Mittel auf diesem Wege gegen die Trunksucht zu finden. Als einziges, aber dafür auch als tiefer wirkendes Mittel hat sich die systematische Erziehung der Alkoholkranken und Trunksuchtsgefährdeten zu einer völligen und dauernden abstinenter Lebensweise erwiesen. Andererseits hat man die angebotenen Trunksuchtsheilmittel als plumpen Schwindel aufzeigen können. Wenn auch aus-

nahmsweise einmal ein solches Heilmittel von jemand angepriesen wird, der selbst daran glaubt, so haben wir doch in Trinkerfamilien bei unserer Trinkerfürsorge überaus viele, nur schmerzliche Erfahrungen machen müssen, wie die ohnehin armen und unglücklichen Angehörigen schamlos durch den Trunksuchtsheilmitteleinwirkung betrogen werden.

Chronik der Vereine.

Bereitigung der Nielsensdenkmäler e. V. Karlsruhe. Am Sonntag fand im „Elefanten“ eine Mitgliederversammlung statt. Nach Eröffnung durch den ersten Vorsitzenden G. W. wurden Berichte von den Herren Neuberger und L. A. M. gehalten. Weiterer Besondere in angedeuteter Weise die Nielsensdenkmäler überhand. Er gab an Hand von Beispielen anderer Städte Aufklärung, welche Bedeutung solch eine Anlage für die Versorgung eines jeden Einzelnen und der Stadt. Märkte mit Gemüse hat. Herr Komon ging auf das Praktische ein, er gab so manchen Wink für die in letzter Arbeit, um wirklich eine gute Ernte zu erzielen. Beide Herren trugen viel zur Aufklärung der noch vielfach herrschenden Unklarheit bei. Am Laufe der Versammlung wurde von verschiedenen Seiten gewünscht, daß das Büro der Nielsensdenkmäler entgegenkommender zeigen sollte. Vorstand K. L. F. gab als Vertreter der Stadt über andere Punkte Auskunft.

Veranstaltungen.

Karlsruher Streichquartett. Nach zweijähriger Pause wird das Karlsruher Streichquartett wieder die Veranstaltung regelmäßiger Quartettabende aufnehmen. Der neue Führer des Quartetts Konzertmeister Ottomar Wollst bildet auf eine jährliche Tätigkeit als Quartettführer in Söwern zurück. Die übrigen Herren des Quartetts sind dieselben geblieben. Kammermeister Will Gräber, die Kammermeisterin H. Müller und Paul Trautwetter. Das Streichquartett beabsichtigt vier Abonnementskonzerte zu geben. Interessenten werden gebeten, sich in die, bei der Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Wulfsstraße, aufgelegte Liste einzuschreiben.

Volksmäßige Abendkonzerte im Stadtgarten. Mit Rücksicht auf die vorerwähnte Jahreszeit werden die bisher an den Mittwoch-Abenden im Stadtgarten veranstalteten Konzerte (zu ermäßigten Eintrittspreisen) eingestellt. Die Dienstag- und Freitagabendkonzerte werden bis auf weiteres fortgesetzt.

Tanzabend Sammlere Dieler. Es sei nochmals auf den heute Mittwoch, 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Konzertsaal stattfindenden Gastspielabend der gekürzten Tanzkünstlerin Sammlere Dieler hingewiesen, dem ein vollständig neues Programm zu Grunde liegt. Die musikalische Leitung hat ihr Kapellmeister Edwin Schumacher vom Landesopernhaus in Odenburg. Der Abend ist zugleich Abschiedsabend Sammlere Dieler vor ihrer Reise in die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es sind noch Karten bei Kurt Neufeldt (Waldstr. 30) erhältlich.

Sprachlicher Vortrag. Für nächsten Freitag, 7. Oktober ist Geh. Hofrat Dr. D. Wegmann, ordentlicher Professor an der Universität Gießen von diesem Zweigverein des Deutschen Sprachvereins als Redner gewonnen worden. Wegmann ist wohl der bedeutendste Germanist der Gegenwart; unter anderem Verfasser des grundlegenden Werkes über „Die deutsche Sprache“ und Herausgeber der Werke Nebels. Der Vortragende, ein Karlsruher Kind, ist schon des Öfteren mit großer Ehre im Sprachverein aufgetreten. Das von ihm neuer gewählte Thema: Deutsche Schimpfwörter wird von dem genannten Redner fest und anziehend gehalten werden. Besitzt doch die deutsche Sprache eine Menge Wörter, die früher Schimpfwörter waren, aber im Laufe der Zeit ihre schlimme Bedeutung verloren haben. Manche Dame würde wohl entsetzt, wenn dem nachschämenen Redner folgende Wörter: Schelm die alte Bedeutung „Lass“ unterlegt würde. Andererseits ist auch manches einst edle Wort im Laufe der Entwicklung zu einem Schimpfwort geworden, wie Trutz, Backhaken. Der Vortrag verläuft daher beschreibend und unterhaltend zu werden. Er findet abends 8 Uhr im großen Rathssaal statt. (S. d. Ans.).

Die literarischen Porträts, die Herr Heinrich Bert ab 16. Oktober an 10 Sonntagen im „Alter Jahreszeiten“ abzuhalten beabsichtigt, können nur stattfinden, falls sich eine größere Anzahl von Abonnenten bei Kurt Neufeldt (Waldstr. 30) einschreiben läßt. Die Einschreibemaschine ist bis einschl. Samstag, den 8. Oktober verfahren.

Kaffe Bauer. Beim heutigen Sonderkonzert der berühmten Kapelle wird Kapellmeister D. L. Schaefer Bruch Violinkonzert vortragen, worauf die Freunde seiner Kunst aufmerksam gemacht seien.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 4. Okt.: Albert Scheib von Gemshaus, Obermonteur hier, mit Bertrine Holz von Böhlingen; Wilhelm Graf von hier, Schneider hier, mit Melanie Kunmerfeld von Gaarden; Eugen Maier von hier, Kaufm. hier, Anna Landhäuser von Böhlingen; Emil Dewald von hier, Baupfleger in Böhlingen, mit Anna Hähle von hier; Fred. Raif von hier, Fernw.-Bau. hier, mit Amalie Schaefer von Dillfeld; Otto Hees von Herbolzheim, Eisenbahn-Schaffner hier, mit Mathilde Herz von Böhlingen.

Geburten. 30. Sept.: Hildegard Marianne, Vater Karl Spiegel, Bauarbeiter. — 30. Sept.: Viktor Gerhard Erich, Vater Johann Opp, Kfm. — 1. Okt.: Margarete Hildegard, Vater Johannes Kettner, Steinbildhauer; Ernst Aug. Kurt, Vater Aug. Geringer, Mas.-Arb.; Theodor Aug., Vater Theodor Graf, Zimmermann; Rudolf Gerbert, Vater Robert K. K. Kaufm.; Emil Dore, Vater Karl Graf, Masch.-Gebl.; Leonore Ilse Gertrud, Vater Dr. Richard Bunderlich, Assistenzarzt; Josef, Heinrich Eugen, Vater Alois Kette mann, Zollinsp.; Wolfgang Karl Ludwig, Vater Karl Ringwald, Konditormeister. — 3. Okt.: Bertha Maria, Vater W. P. Paganese, Schneidermeister.

Gerichtssaal.

1. Karlsruhe, 4. Okt. In der Sitzung der II. Strafkammer führte Landgerichtsdirektor Oser den Vorsitz; Anklagevertreter war Staatsanwalt Dr. Mörke.

Als erster Fall kam die Anklage gegen die 19jährige Therese Holz aus Herbolzheim wegen Diebstahls im Nichtfall zur Verhandlung. Die Angeklagte, die bereits in Zwangsverziehung war und dort probeweise entlassen wurde, war im Juni ds. J. in Pforzheim in Stellung und entwendete dort verschiedene Kleidungs- und Wäscheartikel im Gesamtwert von 430 Mk., wovon sie einiges selbst in Gebrauch nahm und den Rest verkaufte. Als die Angeklagte ein Leintuch bei einem Händler verliehen wollte, und hier eine Vernehmung verlangte, ob sie zum Verkauf berechtigt sei, ließ sich die Holz kurzerhand von einer Freundin eine entsprechende Vollmacht auf den Namen ihrer Mutter anstellen. Deshalb war die Angeklagte auch der schweren Urkundenfälschung beschuldigt. Der Gerichtshof erkannte wegen schweren Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung auf eine Gesamtgefängnisstrafe von 8 Monaten, 2 Wochen, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft.

Der Seifenhändler Johann Heil aus Mörchi, wohnhaft in Pforzheim, hatte sich in zwei Fällen zu verantworten. Zunächst war er beschuldigt, im Mai 1919 in Pforzheim aus dem Schlafzimmern in einer Wirtschaft aus einem an der Tür hängenden Rock 300 Mk. entwendet zu haben. Der Angeklagte stellte keine Tat in Abrede, während die Zeugen auf das Bestimmteste versicherten, sie hätten ihn nach der Tat aus dem betr. Zimmer kommen sehen und sich der Angeklagte auch bereit erklärt habe, sofort 100 Mk. zurückzuerstatten. Auf Grund der Zeugenaussagen hielt das Gericht den Heil, der schon wiederholt mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hatte, und wegen Betrugs und Diebstahls u. a. eine dreijährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, für überführt und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

Im zweiten Fall war Heil angeklagt, daß er in der Zeit von Oetern bis Herbst 1919 sich drei Betrugsfälle zuschulden kommen ließ, wobei er vorpfeilte, daß er ein Schwein, Tabak, Wein und Kartoffeln beschaffen könne und sich Vorkäufe in Höhe von 2000 Mk. ankaufen ließ, die er nicht mehr zurückzahlte. In einem Fall stellte Heil die ihm nicht gehörenden Möbel zur Verfügung. Ferner warf ihm die Anklage vor, daß er im März 1920 eine silberne Handtasche gestohlen und im November 1920 eine Fode unterschlagen habe. Endlich soll Heil beim Ueberbringen einer Summe von 2000 Mk. von Karlsruhe nach Pforzheim 400 Mk. zurückgehalten haben. Der Angeklagte stellte auch hier keine Täterschaft in Abrede. Der Gerichtshof sprach wegen Betrugs, Diebstahls und Unterschlagung eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr zwei Monaten aus, unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Von zwei Anklagen wurde Heil freigesprochen.

1. Freiburg, 4. Okt. In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die vier Kinder des Fabrikarbeiters Gottfried Müller in Lörrach wurden die beiden älteren Kinder des Müller des Totschlags und die beiden jüngeren der Beihilfe zur tobringenden Körperverletzung für schuldig erklärt. Das Gericht verurteilte infolgedessen den 23jährigen Robert Müller zu 12 Jahren Zuchthaus, seine 21jährige verheiratete Schwester Luise Heugel zu 10 Jahren Zuchthaus und beide zu je 10 Jahren Ehrverlust, die 18jährige Olga Müller zu 6 und den 16jährigen Fritz Müller zu 4 Monaten Gefängnis. — Im weiteren Verlauf der Schwurgerichtsverhandlung wurde der 45jährige Fuhrmann Karl Senke aus Freiburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte seiner mit ihm in Ehelebende lebenden Frau 16 Messerstücke beigebracht, die alldaherweise nicht lebensgefährlich waren. Ferner verurteilte das Schwurgericht den 34jährigen Kaufmann Nikolaus Tritschler aus St. Peter wegen Notzucht und Blutschande zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Vom Wetter. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe

auf Grund land- u. lufttelegraphischer Beobachtungen vom Dienstag, 4. Okt. 1921, 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, Luftdr. in 500 m, Wind, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7⁰⁰ morgens

Table with columns: Luftdr. in NN, Luftdr. in 500 m, Wetter, Wind, Niederschlag, Höhe.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Der nach Nordosteuropa abgezogene Luftwirbel brachte gestern und in der Nacht fröhliche noch etwas Regen. Die Erwärmung steigerte sich durch die südliche Lage des hohen Druckes wieder bis zu 24 Grad Celsius in der Rheinebene. Heute macht sich vorübergehend hoher Druck geltend und bedingt bei uns zeitweilige Aufhellung. Morgen werden die im Westen aufstrebenden Druckstörungen die Wetterlage beeinflussen, einen völligen Umschlag aber noch nicht herbeiführen.

Wetterausichten für Mittwoch, den 5. Oktober: Meist bewölkt, fröhliche Regen, vorerst noch mild.

Table with columns: Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr, 4. Okt., 3. Okt.

Hilfe für die Opfer in Oppau.

In Geldspenden sind seit unserer Veröffentlichung am 20. September bei uns eingegangen:

Table with columns: Name, Amount.

Zusammen 1691 M. Bereits veröffentlicht 2558 M., insgesamt beim „Karlsruher Tagblatt“ eingegangen 4249 M. Um dem Elend zu steuern, sind weitere Spenden dringend nötig.

Jede Gabe nimmt gerne entgegen die Geschäftsstelle des „Karlsruher Tagblattes“.

Advertisement for OSRAM NITRA lamps. Features a large illustration of a lamp and text: 'Die gasgefüllte Osram-Nitra-Lampe wendet man vorteilhaft dort an, wo neben großer Lichtfülle auf geringen Stromverbrauch Wert gelegt wird. Erhältlich in den Osram-Verkaufsstellen.'

